

## OFFENER BRIEF DER BISCHÖFE GABRIEL MBILINGI, ANGOLA, UND DR. LUDWIG SCHWARZ, ÖSTERREICH

Anlässlich der Debatte zum Kampf gegen Steuerflucht und Steuervermeidung im Europäischen Rat am 22. Mai 2013

Die Welt wurde in den vergangenen Wochen von Ereignissen erschüttert, die aufzeigten, wie einfach es für die Wohlhabenden in unserer Gesellschaft ist sich dem Steuersystem zu entziehen. Transnationale Unternehmen, aber auch einzelne Bürger vermieden es durch Steuerumgehung und Steuerflucht ihren fairen gesellschaftlichen Anteil zu leisten. Die ersten raschen politischen Reaktionen, die Berichte über das Problem hervorgerufen haben sind zu begrüßen, viel wichtiger ist jedoch, dass diesen nun auch Entscheidungen und Taten folgen.

Jedes Jahr verlieren Länder überall auf der Welt Milliarden an potentiellen Einnahmen. Die durchschnittlichen jährlichen ungesetzlichen Geldabflüsse aus Entwicklungsländern liegen glaubwürdigen globalen Finanzinstitutionen zufolge bei 725 bis 810 Milliarden USD. Die Situation armer Länder, die auf diese Geldmittel dringend angewiesen sind, bedarf besonderer Aufmerksamkeit. Es gilt die dringende Herausforderung diese Ungerechtigkeit zu beseitigen anzunehmen und die notwendigen strukturellen Reformen deren es Bedarf, um effektiv gegen Steuerhinterziehung vorzugehen und Undurchsichtigkeiten im Finanzsystem zu beseitigen, umzusetzen. Als Staatsoberhaupt haben Sie wichtige moralische und politische Verpflichtungen in dieser Hinsicht, die wir Sie auffordern wahrzunehmen. Der Appell, den Papst Paul VI. an Sie, die Amtsträger, vor mehr als 40 Jahren richtete scheint heute wichtiger denn je:

„Staatsmänner, ihr habt die Pflicht, eure Völker zu einer wirksameren weltweiten Solidarität zu mobilisieren, sie davon zu überzeugen, dass Abstriche an verschwenderischen Ausgaben notwendig sind zugunsten der Entwicklungshilfe und zur Sicherung des Friedens!“ (Populorum Progressio, 84)

Wir begrüßen die Briefe des EU Ratspräsidenten Herman Van Rompuy und des Gastgebers des G8 Gipfels 2013, die sich mit dieser Verantwortung auseinandersetzen. Es bleibt zu hoffen, dass sich die in den Briefen dargelegten Absichten auch tatsächlich in konkrete politische Verpflichtungen auf europäischer und internationaler Ebene übertragen. Wir ersuchen Sie, sich in diesem Sinne für eine Sicherstellung folgender Punkte einzusetzen:

- Schaffung eines internationalen Standards zum automatischen Informationsaustausch von Finanzdaten (folgend der bestehenden FATCA Gesetzgebung der USA) , welcher es Steuerbehörden - auch außerhalb der Sphären von EU und OECD – ermöglicht die Verbindlichkeiten der Steuerzahler ihres Landes, unabhängig davon ob dies Individuen oder Unternehmen sind, zu ermitteln.
- Schaffung von nationalen und regionalen Kontenverzeichnissen, die für Steuer-, Finanz- und Justizbehörden in jedem Staat problemlos zugänglich sind sowie Sammlung von Daten über die wirtschaftlich Begünstigten von Unternehmen, Treuhandgesellschaften und Stiftungen in öffentlichen Registern.
- Verpflichtung zu einer transparenten länder- und projektbezogenen Rechnungslegung für Unternehmen, die öffentliche Förderungen oder Aufträge erhalten.
- Stärkung bestehender Gesetze zur Bekämpfung von Steuerbetrug und illegalen Finanzflüssen, um auch die beteiligten individuellen Finanzinstitutionen in die Verantwortung zu nehmen.

Wir fordern Sie auf ihrer moralischen Verpflichtung als Staatsoberhaupt zu richtigem und gerechtem Handeln nachzukommen und Ihren Beitrag zum Gemeinwohl zu leisten.

Unterzeichnet von

Bischof Gabriel Mbilingi, Vizepräsident von SECAM, Leiter des Justice, Peace and Development Department und Vorsitzender der Bischofskonferenz von Angola and São Tomé et Príncipe

Bischof Dr. Ludwig Schwarz, Bischof von Linz, Vorsitzender der Koordinierungsstelle der Österreichischen Bischofskonferenz für internationale Entwicklung und Mission (KOO)

This call is supported by the international alliance of Catholic development agencies  
CIDSE Contact: Jean Saldanha, [saldanha\(at\)cidse.org](mailto:saldanha(at)cidse.org)

